

Zuwanderung und Rechtspopulismus

I Einleitung

II Bestandsaufnahmen

Rückblick: Das Aufkommen des Rechtspopulismus in der Schweiz ab 1960
Abstimmung Asylgesetz und Ausländergesetz
Minarettinitiative
Auschaffungsinitiative
Die Debatte um die zu enge Schweiz
Zuwanderungsstopp als ökologische Erfordernis

III Analysen und Positionen

Zivilgesellschaft
Die Politik der SP
Die Position der Gewerkschaften
Wirtschaft und Politik
Das Argument der nützlichen Einwanderung

IV Rechtspopulismus in Europa

V Zahlen zur Einwanderung

VI Diverses

I. Einleitung

Überfüllte Trams und Autostrassen, horrende Mietpreise in den Zentren und Agglomerationen, Zersiedelung, erodierende Gemeinschaften, bedrohte Mundarten, Vandalismus, Lärm – das Leben in der Schweiz scheint immer unwirtlicher zu werden. Jedenfalls gemäss der Schreckensszenarien, die derzeit unablässlich entworfen werden. Schuld an all dem sei demnach einmal mehr die Zuwanderung in die Schweiz, ein Thema, welches die Rechte offenbar erfolgreich zum Thema Nr.1 im aktuell laufenden Nationalratswahlkampf erhoben hat. Denn bisweilen scheint sie damit auch Teile der arrivierten Linken vor sich her treiben zu können. Die Angst, die vermeintlichen Ängste der Bevölkerung nicht Ernst genug zu nehmen, ist seit den jüngsten Volksabstimmungen spürbar und macht einen latenten Rechtspopulismus zum Mainstream. Angesichts dieser Konstellation warnt die NZZ: „Wenn die Ausländer zu spüren bekommen, sie seien in der Schweiz nicht willkommen, dann wird das für die Attraktivität des Standortes zu einem Problem. Die langfristigen Interessen dieses Landes dürfen nicht auf dem Altar einer kurzfristigen

Stimmenmaximierung geopfert werden.“ Ob eine solche Begründung stark genug ist, dem Rechtspopulismus das Wasser abzutragen sei dahingestellt.

Im folgenden soll die neuere Debatte über Zuwanderung und Rechtspopulismus in der Schweiz strukturierend dargestellt werden und zugleich deutlich werden, was das „Neue“ an diesem Diskurs ist. Mit der Zeitung Work hoffen auch wir, dass bald wieder über anderes als über Zuwanderung geredet wird: „Seit mehr als zwanzig Jahren gibt es eine massive Umverteilung von unten nach oben. Nach der Finanzkrise begann man zaghaft darüber zu reden, dass es so nicht weitergehen kann. Bis die SVP mit ihrer Einwanderungsdebatte das Ablenkungsthema fand: Statt über unten und oben redet die Schweiz jetzt über Schweizer und Ausländer.“

Der Debatte um Migration, Integration und Asylpolitik werden wir einen kommenden Infobrief widmen. In diesem Zusammenhang möchten wir auf die neu zu bildende Denknetz-Fachgruppe „Migrationspolitik“ hinweisen. Interessierte an einer diesbezüglichen Mitarbeit und melden sich bei: beat.ringger@denknetz-online.ch.



Dieses Symbol verweist auf einen Text, der per Mausclick abgerufen werden kann. Die URL wird für den Ausdruck vollständig angegeben.

Inhalt und Gestaltung: Holger Schatz. Ein besonderer Dank geht an Beat Ringger für Anregungen und Kommentare. Ältere Ausgaben des Infobriefs sind auf unserer Homepage abrufbar.

II. Bestandsaufnahmen

Rückblick: Das Aufkommen des Rechtspopulismus in der Schweiz ab 1960

Wiederkehrende Überfremdungsdiskurse begleiten die neuere Geschichte der Schweiz. Nach dem zweiten Weltkrieg erhalten sie ab 1960 zunehmend politisches Gewicht. **Damir Skenderovic** und **Gianni D'Amato** bestimmen in ihrem Standardwerk zum Rechtspopulismus in der Schweiz drei Phasen:

1960-1979: Kleinere Organisationen wie die Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat (NA), die Vigilance in Genf, die Schweizerische Republikanische Bewegung (SRB) und die christliche Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) lancieren mit sporadischem Erfolg (z.B. Schwarzenbachinitiative 1970) diverse Überfremdungsdebatten.

1979 – 1991: Autopartei Schweiz (APS, ab 1985), Lega dei Ticinesi (Lega ab 1991), NA wird 1991 umbenannt in neu Schweizer Demokraten (SD). Diese Organisationen sorgen für eine erfolgreiche Revitalisierung und Radikalisierung, obgleich zu Beginn der Periode ein starker Rückgang der Ausländerquote zu verzeichnen war. 1991 betrug der Gesamtstimmenanteil dieser Parteien bei den Nationalratswahlen 10,9%.

1990 bis heute: Modernisierung und Etablierung des Rechtspopulismus insbesondere infolge des Aufstiegs der SVP. Das Überfremdungsargument wird nun wahlweise mit dem Thema Kriminalität, Sozialmissbrauch, Drogen, religiöse und kulturelle Entfremdung (Islamisierung) angereichert.

Das **Portal Kritische Geographie** veröffentlichte jüngst einen längeren Text von **Daniel Mullis**, in der ausführlich analysiert wird, wie diese Debatten der Rechtspopulisten auch jenseits von Volksabstimmungen vielfältigen Eingang in die Schweizer Politik gefunden haben (Ausländer und Asylgesetze, Kontingentierungen) aber auch wo sie auf Grenzen gestossen sind (Personenfreizügigkeit, EU-Politik).

Abstimmung Asylgesetz und Ausländergesetz

Mit ca. 70% haben die Schweizer StimmbürgerInnen am 24.9.2006 einer Verschärfung der Asyl- und Ausländerges-

etzgebung zugestimmt, welche der seinerzeitige Justizminister Christoph Blocher (SVP) initiiert hatte und welche vom Bundesrat mitgetragen wurde. Die Gesetze sehen u.a. für Asylsuchende den Ausschluss aus der Sozialhilfe vor sowie den Zwang, innerhalb von 48 Stunden einen Pass vorlegen zu müssen. Zahlreiche linke und Menschenrechtsinitiativen aber auch ein bürgerliches Komitee hatten sich zuvor vergeblich gegen die Gesetze gewandt.

In der Asylpolitik fanden in den vergangenen Jahren deutliche Verschärfungen statt, die auch im Zusammenhang mit einer koordinierten europäischen Politik zu sehen sind. So übernimmt die Schweiz im Zuge der Bestimmungen aus dem sogenannten Schengen-Dublin Abkommen im Rahmen der Bilateralen II Mit-Verantwortung für eine restriktive Politik der Abschottung und Ausweisung.

Wie bereits erwähnt, wird das Denknetz eine Fachgruppe Migrationspolitik gründen und auch einen gesonderten Infobrief in diesem Kontext erstellen. Kritische Hinweise zur Schweizer Migrationspolitik finden sich bei **Solidarité sans frontières!**, einem Schweizer Netzwerk, welches die Schweizer Asyl und Migrationspolitik kritisch beobachtet und zahlreiche Kampagnen initiiert, aber durchaus auch auf den Seiten der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen EKM. Das EKM ist ein ausserparlamentarischer Zusammenschluss der früheren Ausländerkommission EKA und der Kommission für Flüchtlingsfragen EKF und wurde vom Bundesrat am 1. Januar 2008 eingesetzt.

Minarettinitiative

Am 29. November 2009 stimmten 57,5 % Stimmberechtigte für die von der SVP und der EDU lancierten Initiative, die ein Verbot des Baus von Minaretten in der Schweiz vorsieht. Mit der Initiative dockte die SVP an die im europäischen Ausland bereits stärker virulente Islamdebatte an. Vgl. Kapitel zu Europa.

Auschaffungsinitiative

Am 28. November 2010 nahm die Schweizer Bevölkerung mit 53% der Stimmen eine Volksinitiative zur „Auschaffung von kriminellen Ausländern“ an. Auf Plakaten waren drei weiße Schafe zu sehen, die ein schwarzes Scharf aus dem Schweizerkreuz rauskickten.



Für die Zeit vor 1945 vgl. Patrick Kury: Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900-1945, Chronos Verlag Zürich



Vgl. das Standardwerk: **Skenderovic, Damir/Gianni, D'Amato** (2008): *Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulismus und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren*, Zürich, Chronos.



<http://rageo.two-day.net/stories/1423139/>

vgl. auch den Lexikonbeitrag „Fremdenfeindlichkeit“ von Damir Skenderovic im historischen Wörterbuch der Schweiz,



www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16529-1-4.php



www.humanrights.ch/home/de/Schweiz/Inneres/Asyl/Asylgesetzrevision/i-dcatart_5642-content.html



www.sosf.ch/cms/front_content.php



www.ekm-admin.ch/



www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/streit_um_ausschaffungsinitiative_gieht_weiter_1.11085000.html



www.ausschaffungsinitiative-ve-2xnein.ch/



www.svp.ch/display.cfm?id=101475



<http://bazonline.ch/schweiz/standard/Die-Schweizer-moechten-die-Einwanderung-begrenzen/story/13783632>



www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Wirtschaft-zittert-um-freien-Personenverkehr-/story/11261507

Diese Initiative war von der SVP lanciert worden und sieht eine automatische Abschiebung verurteilter Ausländer vor. Weil die Kriterien der Straftaten von Tötungsdelikten, Sexualdelikten, Raub, Menschenhandel, Drogenhandel bis hin zu Einbruchdelikten oder Sozialhilfebeitrag allzu umfassend ausfielen, hatte der Bundesrat dem Stimmvolk eine Gegeninitiative zur Alternative vorgelegt, die jedoch im Kern ebenfalls auf eine Verschärfung hinaus lief. Etliche Antirassismosinitiativen und Komitees kämpften vergeblich gegen beide Vorlagen.

Bis heute gibt es allerdings ein Umsetzungsgerangel. Auch weil der Gesetzestext mit internationalem Recht, das eine Einzelfallprüfung und eine Abwägung der Verhältnismässigkeit vorsieht, in Einklang zu bringen ist hat das Eidgenössische Justizdepartement unter Simonetta Sommaruga (SP) eine Arbeitsgruppe einberufen. Nach Meinung der SVP geht deren Arbeit nicht rasch genug voran, weshalb sie eine weitere Initiative lancieren möchte.

Die Debatte um die zu enge Schweiz

Gegenwärtig wird schon beinahe im Tagesrhythmus eine neue "Das-Boot-ist-voll"-Debatte hochgeschaukelt. So hat die SVP Anfangs 2011 beschlossen, eine „Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung“ zu lancieren.

Von allen anderen Parteien, politischen Institutionen und den Wirtschaftsverbänden erntet sie hierfür deutliche Kritik. Deren Kern zielt auf die von der SVP in Kauf genommene Aufkündigung der Personenfreizügigkeit, welche die Schweiz und die EU mit den bilateralen Abkommen vereinbart haben. Damit habe sich die SVP „von jeder ernsthaften bürgerlichen Wirtschaftspolitik verabschiedet“, so die Kritik der FDP. Die Angst der Wirtschaftsverbände vor der Popularität des SVP-Vorstosses zeigt, wie sehr diese neue Welle der Fremdenfeindlichkeit in der gesellschaftlichen Debatte „angekommen“ ist. Längst sind eine Reihe von „Bevölkerungsumfragen“ erhoben worden, wonach - wie aufgrund der angewandten Methodik und der enthaltenen Suggestivfragen nicht anders zu erwarten - eine Mehrheit der Schweizer die Zuwanderung begrenzt sehen möchten. Die mediale Präsentation solcher „Ergebnisse“ facht die Debatte weiter an und die Protagonisten diverser Zuwanderungsinitiativen können sich auf die Volksmeinung berufen.

„Immer mehr Menschen leben in der Schweiz. Bald sind es acht Millionen. Manchen wird es zu viel, zu eng. In den Städten, in den Zügen. Wohnen in den Städten wird zu teuer, das Land wird zersiedelt. Doch die Zuwanderung dynamisiert die Wirtschaft, schafft neuen Wohlstand, macht die Schweiz weltoffen. Die Schweiz im Dilemma“, so beginnt die Sondersendung von Echo der Zeit von DRS zum Thema. Die beiden Diskutanten, **Daniel Müller-Jentsch** von Avenir Suisse sowie **Daniel Blumer**, Soziologe und Geograf beim Schweizerischen Verband für Wohnungswesen, sind sich darin einig, dass es die aktuelle Zuwanderung im Wesentlichen eine arbeitsmarktgetriebene sei und als Chance begriffen werden müsse. Die Aversion gegen Zuwanderung sei zwar eine Instrumentalisierung und Projektion, doch die dahinterliegenden Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten seien ernst zu nehmen. Während Blumer diesbezüglich vor allem die soziale Polarisierung zwischen Arm und Reich problematisiert, sieht Müller-Jentsch eher Handlungsbedarf bei den steigenden Lebenshaltungskosten.

Vor allem in Zürich ist eine heftige, emotionale Debatte über die vermeintlichen oder realen Folgen der neuen Zuwanderung entbrannt. Die **Zürcher Kantonalbank** hat eine umfassende Studie Immigration 2030- Szenarien für die Zürcher Gesellschaft und Wirtschaft erstellen lassen um die Debatte zu versachlichen. Das AutorInnenteam um **Heidi Stutz** vom Büro BASS und **Michael Hermann** von sotomo hat dabei die aktuelle Zuwanderung unter verschiedenen Aspekten wie beispielsweise der Qualifikation analysiert und diverse Zukunftsszenarien entworfen. Im Ergebnis betonen sie erwartungsgemäss „grosse wirtschaftliche Chancen“ durch die neue Zuwanderung.

Die **NZZ** hat eine Artikelserie zu den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf diverse Aspekte des gesellschaftlichen Lebens im Kanton Zürich gestartet. In einigen Beiträgen werden gängige Vorstellungen hinsichtlich negativer Folgen der Zuwanderung relativiert bzw. zurückgewiesen. So sei die neue Zuwanderung keineswegs mitursächlich für den Verkehrskollaps, wie er im öffentlichen Nahverkehr oder auf den Strassen herrsche. Ebenfalls wiederlegen lasse sich die Annahme, es fände ein Einwanderung in die Sozialwerke statt. Hier habe die Zuwanderung (ebenso die „alte“) letztlich unterm Strich eher „positive“ Auswirkungen, da Zugewanderte in der Regel weniger



www.drs1.ch/www/de/drs1/sendungen/echo-der-zeit/2646.sh10185303.html



www.zkb.ch/etc/ml/repository/prospekte_und_broschueren/corporate/wirtschaft_gesellschaft/wg_21_2010_immigration.pdf.File.pdf



www.nzz.ch/nachrichten/hintergrund/dossiers/zuwanderung_im_kanton_zuerich_2.47305

Ergebnisse der zahlreichen Detailstudien des NFP-Projekts sind teilweise online verfügbar.



www.snf.ch/D/forschung/Forschungsprogramme/abgeschlossen/Seiten/_xc_nfp40p.aspx

Zur Einbettung der Studien in eine internationale Perspektive empfiehlt sich der in englischer Sprache gehaltene Sammelband, den Marcel Alexander Niggli im Jahre 2009 im Nomos Verlag herausgegeben hat. Right-wing Extremism in Switzerland. National and international Perspectives.

Damir Skenderovic: Strategien gegen Rechts-Extremismus in der Schweiz: Akteure, Massnahmen und Debatten, 2010



www.snf.ch/SiteCollectionDocuments/nfp/nfp40p/NFP40p_Broschuere_1_Strategien_d.pdf



Widerspruch 59/10, vgl. auch



www.snf.ch/SiteCollectionDocuments/medienmitteilungen/mm_11jul06_sb_imhof.pdf

Wie bereits erwähnt wird der Überfremdungsdiskurs in der Literatur als immer wiederkehrende Konstante im 20. Jahrhundert gesehen. Als eines der zentralen Ergebnisse eines von 2003 bis 2009 mit 4 Millionen Franken ausgestatteten Nationalen Forschungsprogramm zur Entwicklung des Rechtsextremismus in international vergleichender Perspektive (**NFP 40+ «Rechtsextremismus - Ursachen und Gegenmassnahmen»**) wird ausgewiesen, dass der „politische Rechtspopulismus in der Schweiz eine lange Tradition (hat) und nimmt im europäischen Vergleich seit den 1960er Jahren eine Pionierrolle ein. Die rechtspopulistische Problematisierung des Fremden, der etablierten politischen Akteure (Volk versus Elite) und die Verteidigung des Nationalen – Positionen, die in der Schweiz seit den 1960er Jahren von nicht-etablierten Protestparteien bewirtschaftet wurden – rückten in den 1990er Jahren ins Zentrum der politischen Debatte.“

Für die jüngere Geschichte wird dabei eine Kulturalisierung des Überfremdungsdiskurses konstatiert. **Damir Skenderovic** schreibt in einer kürzlich von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Eidgenössischen Departements des Inneren (EDI) herausgegebenen Studie, dass die ältere Arbeitsmigration in den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts aus südeuropäischen Ländern weitestgehend wirtschafts- und arbeitspolitische Argumente im Überfremdungsdiskurs evoziert habe, während in den 1980er und 1990er Jahren sich der Überfremdungsdiskurs in die Asylpolitik verlagert habe: „Dabei rückten die Argumentationen, die auf angeblich unüberbrückbare kulturelle Unterschiede hinweisen, immer stärker ins Zentrum, nicht zuletzt unter dem Einfluss rechtspopulistischer Parteien. Die Vorstellung unüberwindbarer kultureller Unterschiede zwischen Einheimischen und der Migrationsbevölkerung wurde zum festen Bestandteil der migrationspolitischen Diskussion.“

Gianni D'Amato weist in einem Beitrag für die Zeitschrift **Widerspruch** darauf hin, dass nach dem 9. September 2001 auch in der Schweiz die Islamphobie zunehmend ins Zentrum dieser Kulturalisierung des Entfremdungsdiskurs gerückt sei.

Der Historiker **Patrik Kury** betont in seinen Arbeiten den engen Zusammenhang zwischen der fragilen Konstitution nationaler Identität und dem Überfremdungsdiskurs:

„Im Verlaufe des 20. Jahrhunderts waren die gesellschaftspolitischen Ausgrenzungsversuche in der Schweiz immer dann besonders ausgeprägt, wenn der Prozess der kollektiven Selbstfindung nach zeitgemässen Antworten suchte.“

Die meisten Erklärungsversuche im In- und Ausland zum neueren Überfremdungsdiskurs sehen auch heute eine solche Situation gegeben. Nach Annahme der Ausschaffungsinitiative konnte man etwa lesen: „Das Leiden heisst Angst und Verunsicherung. Der Schweizer Réduit, die Alpenfestung, ist übers Verfalldatum hinaus; das Land muss sich längst Vorschriften aus Brüssel machen lassen, obwohl – weil? – man sich dem EU-Beitritt trotzig verweigert.“

Auch der Historiker und Nationalrat der Grünen, **Josef Lang**, interpretiert die „neue konservative Welle“, die sich neben der „Muslimfeindlichkeit“ im übrigen auch an der grossen Ablehnung der Initiative zur Einschränkung des privaten Waffenbesitzes zeigte (56% der Stimmberechtigten stimmten im Februar 2011 gegen die Initiative), mit der globalisierungsbedingten Verunsicherung: „Die Ausländerfeindlichkeit lässt sich besser erklären mit der Schweizer Befindlichkeit als mit den realen Problemen, die wir mit Ausländern haben“. Es gäbe eine „tiefe Verunsicherung des kollektiven Selbstverständnisses“ infolge der „allgemeinen Faktoren Globalisierung, Weltwirtschaftskrise und Einwanderung“ aber vor allen Dingen auch aufgrund „einer Reihe von schweizerischen Elementen, welche die nationale Identität besonders betreffen“.

Tatsächlich befindet sich das, was als Schweizer Identität wahrgenommen wird bzw. wahrgenommen werden soll, in einer Phase heftiger Irritationen. Diverse Ereignisse wie die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und der internationale diplomatische Druck auf das Bankgeheimnis haben unmissverständlich klar gemacht, dass die reale oder auch nur gefühlte Sonderrolle der Schweiz in der Welt zu einem Ende kommt und die vielfältigen Folgen eines globalisierten kapitalistischen Wettlaufs nicht an Landesgrenzen halt machen.

Vor diesem Hintergrund einer allgegenwärtiger EU-Kritik warnt der **Club Helvétique**, ein Netzwerk links-liberaler intellektueller, vor einem weiteren aussenpolitischen Isolationismus, der innenpolitisch von einem Abbau republikanisch-rechstaatlicher Errungenschaften



www.terra-cognita.ch/13/kury.pdf

vgl. auch Patrick Kury in der NZZ vom 25.6.2011



www.zeit.de/politik/ausland/2010-11/schweiz-ab-schiebung-kriminelle-auslaender



www.joseflang.ch/cms/uploads/media/BaZ_Die_Sehnsucht_04-03-2011.pdf



www.clubhelvetique.ch/pdf-dokumente/Auf_ruf_CH_09-2011.pdf

einhergeht: „Der Boden dafür droht jedoch mit Hass und Hetzkampagnen vorbereitet zu werden, die an die Geschehnisse unseligen Angedenkens der 1930er Jahre erinnern. Recht und Richter werden systematisch schlecht gemacht, Sündenböcke werden gesucht und geschaffen, um Freiheiten allein für sich einzufordern und insbesondere Mitmenschen ohne Schweizer Pass die grundlegenden Menschenrechte vorzuenthalten.“

Zahlreiche Vertreter der politischen Elite haben in diesem Zusammenhang Vorschläge für eine vorwärtsgerichtete, patriotische Orientierung zu geben, die den Verlockungen einer weiteren Abschottung und Einigelung widersteht und die gestiegenen Wettbewerbsherausforderungen offensiv annimmt. So verspricht etwa **Karin Keller-Sutter**, FDP Regierungsrätin in St. Gallen im Beitrag „Ohne Fleiß keine Schweiz“, dass die Schweiz eine „rosige Zukunft“ erleben werde, wenn „wir uns den alten Tugenden Leistungswille, Eigenverantwortung, Solidarität“ besinnen würden.

Die Politik der SP

Die Haltung der SP angesichts der starken Virulenz rechtspopulistischer Stimmungen in der Schweiz kann als zerrissen bezeichnet werden. Einerseits positioniert sie sich im Grundsatz klar gegen die rechtspopulistischen Versuche, soziale Probleme wie Wohnraum- oder Arbeitsplatzknappheit auf die ethnischen, kulturellen und religiösen Aspekte von Zuwanderung zu reduzieren, und legt den Fokus auf eine Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, welche die Probleme an der Wurzel anzupacken verspricht. Weil jedoch die jüngsten Abstimmungen, vor allem aber auch die notorisch schlechten Wahlergebnisse der SP zeigen, dass sich mit einer solchen Programmatik (allein) keine Wahlen gewinnen lassen, scheinen immer wieder auch Teile der SP zu versuchen, Terrain im rechtspopulistischen Diskurs zu gewinnen, in dem sie entsprechende Debatten und Begriffe „links“ besetzen möchte.

Ein Beispiel stellt das sogenannte Sicherheitspapier vom Herbst 2008 dar, mit welchem das SP-Präsidium die Stärkung der „öffentliche Sicherheit“ durch repressive Massnahmen wie das Bettelverbot oder mehr Videoüberwachung als ein „ursozialdemokratisches Thema“ und als Aufgabe eines starken Service public propagierte. Zwar wurde das Papier nach

nach internen Debatten entschärft. Doch dass man überhaupt ein derart umfangreiches Programm ausarbeiten hat lassen zu einem Thema, das mehr mit Wahrnehmungen und interessensgeleiteten Deutungen als mit realen Gefahren zu tun hat, bleibt erklärungsbedürftig.

Im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Ausschaffunginitiative und dem sogenannten Gegenvorschlag „hat sich erneut gezeigt“, so **Heiner Busch** in der Zeitschrift Widerspruch 59/2010, „dass man sich von der SVP die eigene Agenda und die eigene Wahrnehmung der Realität diktieren lässt, ein bisschen von ihren Forderungen übernimmt in der Hoffnung, Schlimmeres zu verhindern.“

Ein weiteres Beispiel: **Jörg Häfliger**, langjähriger Co-Präsident der SP Kanton Luzern schreibt in der Juni Ausgabe der SP Mitgliederzeitschrift SP Links zur Zuwanderungsdebatte zwar vehement gegen „fremden und europafeindliche Denkmuster der Populisten“ an, lässt selbst aber eine akkurate Analyse der Ursachen des Mietpreisanstiegs vermissen: „Mehr Einwohner brauchen mehr Wohnraum. Die Prognosen für die Zentralschweiz gehen von einem Bevölkerungswachstum von mindestens 1 Prozent pro Jahr aus. Das führt zu noch mehr Überbauung von Grünflächen. Und es führt zu einem enormen Druck auf die Mietpreise. Eine Studie der Nationalbank zeigt, dass die Mieten in den vergangenen Jahren um 2,6 Prozent gestiegen sind, wenn sich die Einwohnerzahl um 1 Prozent erhöhte.“ Der Artikel suggeriert damit einen „automatischen“ Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Mietpreissteigerung. Kein Wort darüber, wie Wohnungsmärkte funktionieren, wie ungleich der Pro Kopf Verbrauch an Wohnraum ist, usw..

Dieser Artikel (einschliesslich dessen redaktionelle Aufbereitung) ist nicht repräsentativ für den Umgang der SP mit der Wohnproblematik, die insbesondere in den Zentren der Schweiz zweifelsohne gravierend ist. So ist insbesondere im Rahmen der Zürcher SP Initiative „Wohnen für alle“ immer wieder deutlich von den sozio-ökonomischen Bedingungen des Mietpreisanstiegs und den möglichen Gegenmassnahmen die Rede: So sollen „Immobilien der Renditeorientierung und der Spekulation“ entzogen, die „Bodenrente (Miete, Pacht, Verkauf- und Planungsgewinne)“ geschmälert, „wirksame Grundstücksgewinnsteuern, Handänderungssteuern“ sowie „die Tradition des



www.widerspruch.ch/widerspruch-59-0



www.sp-ps.ch/ger/content/download/46547/653032/file/links.ch_119-2011.pdf



www.sp-zuerich.ch/wohnen



www.karin-keller-sutter.ch/meldungen/Zeit_2011_21_0213.pdf



www.sp-ps.ch/ger/content/download/18556/230488/file/081112_Positionspapier_Oeffentliche-Sicherheit.pdf



www.deutungshoheit.ch/heimat/



www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Das-Kreuz-der-SP-mit-dem-Begriff-Heimat/story/26818582



www.sgb.ch/uploaded/Pressemitteilungen/110704_EA_Commi%20tempo.pdf



<http://riegerblog.unia.ch/?p=187>



www.denknetz-online.ch//IMG/pdf/Aleva.pdf

gemeinnützigen Wohnbaus weitergeführt“ werden.

Die Zerrissenheit der SP kommt auch in einem jüngst von einer SP-Gruppe veröffentlichten „**Heimatpapier**“ zum Ausdruck. Die AutorInnen möchten die „Deutungshoheit“ über den Heimatbegriff den Stammtischen entwenden. Was genau der Begriff Heimat eigentlich bedeuten soll bleibt jedoch auch nach der Lektüre des Papiers unklar. Der Historiker **Hans-Ulrich Jost** kritisiert solche Begriffsübungen und empfiehlt der SP, einfach und direkt zu sagen: „Wir verteidigen die Schweiz mit der AHV und allen andern Institutionen statt den Umweg über den Begriff Heimat zu machen.“

Die Position der Gewerkschaften

Die Position des SGB leitet sich von der Haltung ab, die der Verband seit Jahren zur Personenfreizügigkeit verteidigt: Zuwanderung und Personenfreizügigkeit ja, Lohn- und Sozialdumping nein. Wer in der Schweiz Arbeit sucht und findet ist willkommen solange durch Gesamtarbeitsverträge, Mindestlöhne und flankierende Massnahmen Dumping verhindert werden kann. Doch eine effektive Kontrolle und Sanktionierung von Verstössen gegen die Flankierenden Massnahmen ist nicht gewährleistet. Scheinselbständigkeit und Temporärarbeit etwa hebeln beispielsweise in den Bau- und Bau-nebenbranchen und der Landwirtschaft die Mindestbedingungen immer wieder aus, ohne dass dies bislang wirksam hätte verhindert werden können.

Die Gewerkschaften argumentieren, dass die Diskriminierung der MigrantInnen und eine restriktive Einwanderungspolitik die Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten nicht verhindern können. Die enorme Zunahme der illegalisierten Sans Papiers ist dafür ein beredtes Beispiel. Oft betonen die Gewerkschaften - und hier treffen sie sich mit den Unternehmerverbänden - auch die positiven Effekte, welche die neuen, „gut qualifizierten Zuwanderer“ hinsichtlich Innovation und Wachstum der Wirtschaft mit sich brächten.

Die neue Zuwanderungsdebatte lässt allzu schnell vergessen, dass Lohndruck und zunehmende Prekarisierung Phänomene sind, die überdurchschnittlich die „alten“ Zugewanderten betrifft. Dies stellt gewerkschaftliche Politik schon lange vor spezifische Herausforderungen, die **Vania Alleva** und **Hans Baumann** bereits vor einigen Jahren im Artikel „Die Migra-

tion und die Prekarisierungsfalle“ skizziert haben und die von **Hilmi Gashi** im Widerspruch 59/2010 angesichts der jüngsten Erfolge des Rechtspopulismus aktualisiert wurden.

Das Argument der nützlichen Einwanderung

Es ist nicht neu, dass Befürworter einer liberalen Einwanderungspolitik die Nützlichkeit der Einwanderung für die jeweilige Gesellschaft betonen. Einwanderer ergänzten und belebten den Arbeitsmarkt, seien innovativ und ehrgeizig oder verrichteten Arbeiten, die ansonsten von Inländern in der Regel nicht (mehr) geleistet werden würden. In der aktuellen Debatte wird unter Hinweis auf den drohenden Fachkräftemangel bzw. die Alterung der Gesellschaften Einwanderung gar zu einer nationalen Schicksalsfrage erklärt. So schreibt etwa die NZZ am 15.6. anlässlich des neuesten OECD Migrationsberichts: „Zu wenige Absolventen verlassen also die Schweizer Hochschulen, um den Bedarf der Unternehmen zu decken. Künftig wird sich angesichts des demografischen Wandels diese Entwicklung noch verschärfen. Auch deshalb wäre die Schweiz gut beraten, die Qualitätsstandards an den Hochschulen auf hohem Niveau zu halten, um damit im Ausland im Werben um die besten Studenten einen Trumpf in der Hand zu halten. Gemäss Schätzungen sind rund zwei Drittel der «Bildungsausländer» nach ihrem Abschluss in der Schweiz erwerbstätig.“ Auch auf linker Seite wird immer wieder die Nützlichkeit der Einwanderung betont, auch wenn der Fokus dabei weniger stark auf die hochqualifizierten Einwanderer gelegt wird. Kampagnen wie „Ohne uns läuft nichts“, „Wir bauen die Schweiz“ oder nun „Ohne uns, keine Schweiz“ bergen die Gefahr, das verbreitete Denken zu reproduzieren, wonach Einwanderungspolitik (einzig) von Nützlichkeitsabwägungen gesteuert werden soll. Dies geht zu Lasten von Migranten, die nicht „nützlich“ sind oder sein dürfen (z.B. Asylsuchende). Auch aus diesem Grund fordert der Rechtsphilosoph **Martino Mona** ein Recht auf Einwanderung, das nicht von Nützlichkeitsdenken bestimmt wird und der Politik der „Anbiederung an die Ängste der Bevölkerung“ entgegentritt.

Wirtschaft und Politik

Während die Zunahme des Ausländeranteils in der Schweiz oftmals als Problem



www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/eine_willkommenskultur_fuer_students_1.1376099.html



www.ohne-uns-keine.ch



www.woz.ch/artikel/inhalt/2011/nr22/Schweiz/20804.html

Übersichtsportal zur Personenfreizügigkeit des Bundesamtes für Migration



www.bfm.admin.ch/bfm/de/home/themen/fza_schweiz-eu-efta.html



Daniel Müller-Jentsch (Hg.): Die Neue Zuwanderung - die Schweiz - zwischen Brain-Gain und Überfremdungsangst, Zürich 2008,

Einen Aufsatz hierzu haben die Herausgeber in der Volkswirtschaft verfasst.



www.dievolkswirtschaft.ch/editorials/200811/pdf/Mueller.pdf



www.nzz.ch/nachrichten/startseite/es_wird_eng_1.10282245.htm

betrachtet wird, preisen Wirtschaftsverbände in der Regel die Segnungen der Zuwanderung, vor allem weil und insofern es sich um eine „neue Zuwanderung“ handelt, wie sie sich infolge der diversen Abkommen mit der EU zur Personenfreizügigkeit ab 2002 eingestellt hat.

Der wirtschaftsliberale Think Tank **Avenir Suisse** hebt in der Publikation „Die neue Zuwanderung“ die „positiven“ Aspekte hervor. Demnach habe sich der Zuwanderungsmix in den vergangenen Jahren radikal verändert, es kämen heute vornehmlich Menschen aus Nord- und Westeuropa. Da diese hauptsächlich der Arbeit, und nicht der Sozialsysteme wegen kämen sein diese Zuwanderung einer der zentralen Wachstumsmotoren.

Einer solch optimistischen Sicht widerspricht u.a. der Schwerpunktbeitrag „**Es wird eng**“ der NZZ am Sonntag vom 17. April 2011. Es stimme zwar, das die Deutschen als grösste neue Einwanderungsgruppe im Schnitt über ein hohes Bildungsniveau verfügten, doch schon mit den Portugiesen und den Menschen aus dem Balkan sähe es völlig anders aus. Darüber hinaus „kamen ein Drittel der Eingewanderten im Rahmen des Familiennachzugs in die Schweiz: Es sind Ehepartner, Kinder, Eltern, Schwiegereltern und Grosseltern von jenen Ausländern, die hier eine Arbeit gefunden haben.“

IV. Rechtspopulismus in Europa

Eine der bezeichnendsten Entwicklungen innerhalb der europäischen Rechten ist das erfolgreiche Aufkommen rechtspopulistischer Parteien und Diskurse in den vergangenen 10 Jahren. Zwar gab es erfolgreiche rechtspopulistische Parteien auch schon in den 1990er Jahren (FPÖ in Österreich, SVP etc.) ebenso wie viele rechtsextreme Parteien (REP, NPD in Deutschland, FN in Frankreich, etc.). Doch erst in jüngerer Zeit sind sie bis in die gesellschaftliche Mitte hinein salonfähig geworden. Dies kann einerseits an den vielen Wahlerfolgen festgemacht werden, gerade in „liberalen“ Ländern wie den Niederlanden oder in Skandinavien, wo rechtspopulistische Parteien in der jüngeren Vergangenheit gegen 20 % und mehr der Wählerstimmen gewinnen konnten. Zum anderen zeigt die grosse Zustimmung, welche die Berliner Sozialdemokraten **Thilo Sarrazin** („Deutschland schafft sich ab“) und Heinz Buschowsky (Bezirksbürgermeister von Berlin)

mit ihrer Kritik an den „nichtintegrierbaren und nichtintegrierungswilligen“ Migranten erfahren haben, dass rechtspopulistische Vorstellungen in der Mitte „angekommen“ sind. Das übergreifende, einigende Thema all dieser Strömungen ist die Immigration muslimischer Migranten und ihre vermeintlichen Folgen für die westlichen Gesellschaften. Von herkömmlichen rechtsextremen Parteien und Organisationen unterscheiden sie sich durch ihre Ablehnung des Antisemitismus. Diese Ablehnung wird in der Regel als plakative und pauschalisierende „Pro-Israel“-Haltung inszeniert.

Roger Köppel, Chefredakteur der Schweizer Weltwoche, weist einen Zusammenhang zwischen der rechtspopulistischen Islamkritik und dem Massaker vom Juli 2011 in Norwegen zurück: „Breivik ist nicht die Folge eines gesellschaftlichen Klimas, das in jüngster Zeit in Europa durch die Präsenz betont europa- und zuwanderungskritischer Parteien gekennzeichnet wird. Es gibt keine direkte Luftlinie, die von der Tea Party über die SVP zum Massaker auf der Jugendinsel führt.“ Indirekt jedoch, kokettiert Köppel im gleichen Artikel auf befremdliche Weise mit eben einem solchen Zusammenhang: „In der Schweiz war es der direkten Demokratie zu verdanken, dass die auch von der Mehrheit unserer Politiker verdrängten hässlichen Aspekte der Zuwanderung auf den Tisch kamen. In der Schweiz gab es bis heute - trotz einem viel grösseren Ausländeranteil als in Norwegen - keine nennenswerten Übergriffe. Die Entfremdung zwischen Elite und Volk nimmt zu, ist aber dank der direkten Demokratie geringer als in anderen Staaten. In der Schweiz können die Leute über Minarette abstimmen und müssen nicht zu anderen Methoden greifen, um ihren Standpunkt auszudrücken.“

Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Begriffe – Strategie – Wirkung lautet der Titel einer Studie zu Rechtspopulismus in Europa der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seltener Befund darin zu Deutschland: „Deutschland hingegen ist in einer Sonderrolle, weil hier der Rechtspopulismus trotz zahlreicher Anknüpfungspunkte – erinnert sei an die Integrationsdebatte des Jahres 2010 – bislang kaum Erfolge erzielen konnte. Das liegt auch an den „Schatten der Vergangenheit“ und der fehlenden Angebotsseite.“ Hier zeigt sich die sehr enge Auslegung des Begriffs des Rechtspopulismus, wonach etwa die Rhetorik und Praxis der Regierungspart-



Vgl. „Politically incorrect, ww.w.pi-news.net/“

„Achse des Guten“, nennt sich ein Webportal, das sich selbst folgendermassen charakterisiert: „Ihre Autorinnen und Autoren lieben die Freiheit und schätzen die Werte der Aufklärung.“



www.achgut.com/dadgdx/index.php



www.weltwoche.ch/ausgaben/2011-30/editorial-ohnmacht-die-weltwoche-ausgabe-302011.html



www.kas.de/wf/doc/kas_22741-544-1-30.pdf?110614105921



www.bfm.admin.ch/content/bfm/de/home/dokumentation/zahlen_und_fakten/auslaenderstatistik.html



www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf

eien in Deutschland nicht als rechtspopulistisch sondern konservativ einzustufen sei. Insgesamt eher eine oberflächliche Studie, aus der man – vom Schwerpunkt zu Haiders FPÖ abgesehen – wenig vertiefendes zu den einzelnen Ländern erfährt.

Wesentlich detailreicher ist die Studie **Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa** von **Werner T. Bauer** vom April 2011, erstellt für die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. Bauer vermeidet eine allzu schematische Definition des Populismus-Begriffs. So kann er etwa auch das Paradox erklären, dass populistische Parteien in Deutschland wenig Gewicht haben, obwohl Rassismus sowie eine Ablehnung des Konzepts des Multikulturalismus breit verankert sind. Demnach sei Populismus in Deutschland – ähnlich wie in Großbritannien – „durch die *Bild*-Zeitung und manche Politiker der etablierten Parteien Teil des Mainstream. Die von den Rechtspopulisten so gerne thematisierten Probleme (Parteiherrschaft, Wohlfahrtsstaat, Migration, Sicherheit) scheinen bei den etablierten Parteien (noch) gut aufgehoben.“



www.drs1.ch/www/de/drs1/sendungen/echo-der-zeit/2646.bt10174775.html

„Wo liegen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Rechtspopulisten in verschiedenen europäischen Ländern?“, lautet der Titel eines Radiogesprächs im Echo der Zeit vom 6.4.2011 mit **Anton Pelinka**, einem der profiliertesten Experten in Sachen Rechtspopulismus in Europa.

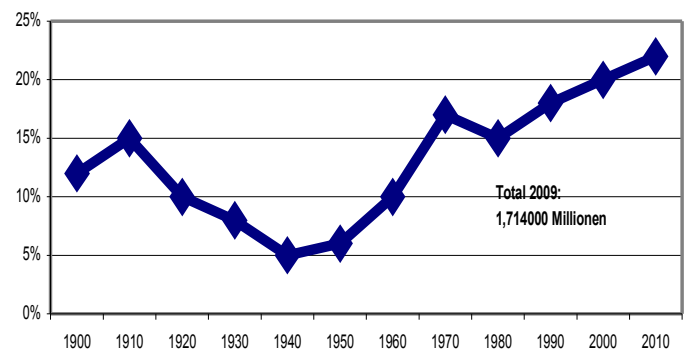
„Populistische Parteien und Bewegungen sind ein Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen; sie treten auf, wenn infolge zu raschen Wandels oder zu großer Verwerfungen bestimmte Bevölkerungsgruppen Wert und Orientierungsverluste erleiden. Diese Verluste, die ökonomische Ursachen haben können, in der Regel aber kulturell vermittelt sind, gehen mit Statusangst, Zukunftsunsicherheit und politischen Entfremdungsgefühlen einher.“ So lautet die Definition von **Frank Decker** und **Marcel Lewandowsky** in ihrem Beitrag „Populistische Strömungen in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenmacht“

V. Zahlen zur Einwanderung

Im folgenden soll ein Überblick über vorhandene Statistiken und Zahlen zur Zuwanderung in die Schweiz gegeben werden. Allerdings sollte deren Bedeutung

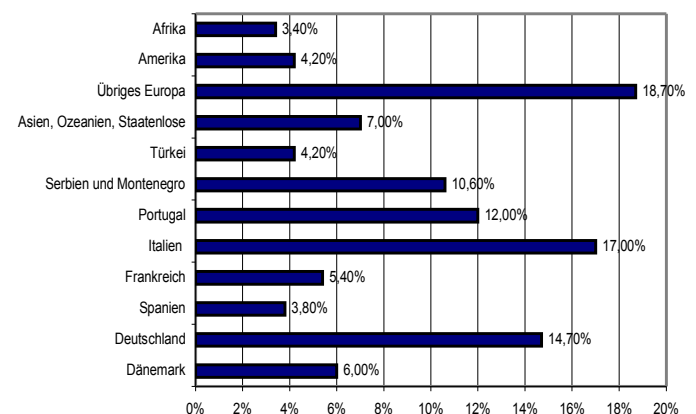
im Zusammenhang mit möglichen Ursachen des Rechtspopulismus relativiert werden. Die Geschichte zeigt, dass es keinen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen steigenden Einwanderungszahlen und dem Aufkommen von Überfremdungsdebatten gibt. Bei den jüngsten Volksabstimmungen (Minarett- und Ausschaffungsinitiative) zeigte sich überdies, dass gerade in Gegenden mit geringerer Zuwanderung am meisten rechts abgestimmt wurde.

Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz



Quelle: www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/01/01.html

Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit 2009



Nicht berücksichtigt werden in diesen Statistiken zur „ständigen“ ausländischen Wohnbevölkerung Kurzaufenthalter unter 12 Monaten, Grenzgänger sowie Asylsuchende. Eine monatliche Zusammenfassung der wichtigsten Trends zur Zuwanderung auch unter Berücksichtigung der nichtständigen ausländischen Bevölkerung bietet der **Monitor Zuwanderung** des BFS.



www.bfm.admin.ch/content/dam/data/migration/statistik/auslaenderstatistik/monitor/2011/monitor-zuwanderung-2011-05-d.pdf



www.adb.de/dokumente/AB1_2011.pdf

Internationaler Vergleich

Im europäischen Vergleich hat die Schweiz gemäss neuesten Daten von Eurostat nach Luxemburg und Lichtenstein den höchsten Ausländeranteil. Zum Teil wird dieser auch mit der restriktiven Einbürgerungspraxis der Kantone und Gemeinden begründet.

	Ausländer			Im Ausland geboren
	Gesamt	EU-Bürger	Nicht-EU	
EU 27	6,5	2,5	4	9,4
Dänemark	6	2,1	3,9	9
Deutschland	8,7	3,1	5,6	12
Spanien	12,3	5,1	7,3	14
Frankreich	5,8	2	3,8	11,1
Italien	7	2,1	5	8
Luxemburg	43	37,1	5,9	32,5
Niederlande	3,9	1,9	2,1	11,1
Österreich	10,5	3,9	6,5	15,2
England	7	3,1	3,9	11,3
Schweiz	22	13,8	8,2	*

Quellen

 http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-11-034/EN/KS-SF-11-034-EN.PDF

www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/04.html

www.bfm.admin.ch/content/dam/data/migration/berichte/migration/migrationsbericht-2010-d.pdf

 www.terra-cognita.ch/18/editorial_d.pdf

www.terra-cognita.ch/18/car-rel.pdf

* Für die Schweiz führt diese Statistik keine Daten. Das Bundesamt für Statistik hat allerdings für das Jahr 2008 Zahlen über die Bevölkerung mit „Migrationshintergrund“ veröffentlicht. Danach waren 9.1 % der Bevölkerung Eingebürgerte Schweizer mit Migrationshintergrund. Damit verfügen also insgesamt ca. 30% der Wohnbevölkerung in der Schweiz über einen Migrationshintergrund (nicht hinzugezählt sind Eingebürgerte in der dritten Generation sowie Asylsuchende).

Auswanderung aus der Schweiz

In den aktuellen Debatten zur Einwanderung in die Schweiz gerät allzu leicht die Auswanderung aus der Schweiz in den Hintergrund. Die neuste Ausgabe der *terra-cognita* widmet sich dieser Frage auf vielfältige Weise. Dabei kommt nicht nur die gut belegte Auswanderung von SchweizerInnen der vergangenen Jahrhunderte zur Sprache, sondern auch die neueren Datums. Wie Noemi Carrel in ihrer Analyse ausführt, ist die Datenlage zur Auswanderung jedoch mit Vorsicht zu geniessen, allein schon deshalb, weil Auswanderer sich nicht unbedingt bei der Wohngemeinde abmelden. Die erfassten Auswanderungen (ohne Kurzaufenthalter und „ausgeschaffte“ Asylsuchende) machten zwischen 2000 und 2009 durchschnittlich 83 000 Personen jährlich aus, ca. ein Viertel davon waren Schweizer Staatsangehörige.

Schweizer Asylstatistik

Die Anzahl neuer Asylgesuche geht seit Jahren deutlich zurück, im Jahre 2000

markant aufgrund diverser Abkommen zur Rückführung von Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien.

Die Anerkennungsquote ist in diesem Zeitraum von ca. 6% auf ca. 18.% gestiegen, so dass in die absolute Zahl der Asylgewährungen stabil bei ca. 2000 jährlich liegt. Detaillierte Angaben zu unterschiedlichen Verfahrenssituationen liefert die kommentierte Asylstatistik.

Detaillierte Daten zu Asylverfahren, Ausschaffung und Sans Papiers sowie eine Diskussion der Schweizer Asyl- und Integrationspolitik werden wie erwähnt in einem kommenden Infobrief behandelt.

VI. Vermischtes

Die **Unia** lanciert gegenwärtig unter dem Motto „**Ohne uns geht nichts**“ eine Kampagne gegen die zunehmende Fremdenfeindlichkeit. „Die Unia begrüsst die Zuwanderung fordert aber den Ausbau flankierender Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping sowie mehr Mittel zur besseren Integration der Zugewanderten. In einer Resolution fordert sie eine Sprach- und Bildungsoffensive für Zugewanderte, Ausbau der Aus- und Weiterbildung für bereits in der Schweiz lebende und arbeitende MigrantInnen, die Anerkennung ausländischer Berufsdiplome, sowie die Öffnung von Schulen und Ausbildung für Sans Papiers.“

Eine umfassende Positionierung der Unia zur Migrations- und Zuwanderungsdebatte bietet die Publikation *Perspektiven öffnen – Chancen nutzen*, welche die Interessengruppe Migration bereits im Jahre 2008 erarbeitet hat.

Solidarité sans frontières! Schweizer Netzwerk, welches die Schweizer Asyl und Migrationspolitik kritisch beobachtet und zahlreiche Kampagnen initiiert.


Die Ausschaffungsinitiative im Spiegel der Medien. Eine Auswertung des fög - Forschungsbereichs Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

Buchempfehlungen


Andreas Gross, Fredi Krebs, Martin Stohler (2009): *Minarett-Initiative: Von der Provokation zum Irrtum*, St. Ursanne


Mathias Tanner (Hg.) (2009): *Streit um das Minarett. Zusammenleben in der religiös-pluralistischen Gesellschaft*, Zürich

 www.bfm.admin.ch/content/dam/data/migration/statistik/asylstatistik/uebersichten/asyljahre-total-d.pdf

 www.unia.ch/fileadmin/user_upload/News/Pressemittellungen/2011/Migrationskonferenz_Mai/Res_Arbeitsmarkt.pdf

 www.unia.ch/fileadmin/user_upload/News/Pressemittellungen/2011/Migrationskonferenz_Mai/Res_Arbeitsmarkt.pdf

 www.sosf.ch/cms/front_content.php

 <http://jahrbuch-foeg.uzh.ch/Laufende%20Analysen/Analyse%20zur%20Ausschaffungsinitiative%202010.pdf>